



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
-im Hause -

Eckhardt Rehberg MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Haushalt

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-75613
F 030. 227-76570

eckhardt.rehberg@cducsu.de
www.cducsu.de

Berlin, 23. November 2015

Bundshaushalt 2016 ohne neue Schulden

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 12. November d. J. haben wir im Haushaltsausschuss den Entwurf des Bundshaushalts 2016 in der sog. Bereinigungssitzung abschließend beraten. Die wichtigsten Ergebnisse sind in der Anlage zusammengefasst.

Mit dem Bundshaushalt 2016 wird das zweite Jahr in Folge ein Haushalt ohne neue Schulden beschlossen. Der Bund plant im kommenden Jahr mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auszukommen und seine Ausgaben von 316,9 Mrd. Euro ohne neue Kredite zu finanzieren. Das Anwachsen des Schuldenberges ist damit gestoppt, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist.

Gleichzeitig erfolgt die Ausfinanzierung des auf drei Jahre (2016 bis 2018) angelegten 10 Mrd. Euro-Investitionspakets. Mit zusätzlichen Investitionen insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und die Energieeffizienz stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum in Deutschland. Die Investitionen werden gegenüber 2015 um gut 1,6 Mrd. Euro auf rd. 31,5 Mrd. € erhöht; die Investitionsquote liegt damit bei rd. 10 %.

Mehr Investitionen, aber keine neuen Schulden – dies ist eine gute Nachricht für die nachfolgenden Generationen.

Nicht zu vergessen ist die steuerliche Entlastung durch das *Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie der Abbau der sog. kalten Progression* mit einem gesamtstaatlichen Volumen von 5,5 Mrd. Euro. Auf den Bund entfallen 2,5 Mrd. Euro Steuermindereinnahmen, die bereits im Regierungsentwurf 2016 eingeplant gewesen sind.

Die Ausgabensteigerungen in Höhe von 4,9 Mrd. Euro ggü. dem Regierungsentwurf 2016 sind vorrangig auf folgende Etats zurückzuführen:

- BMAS (+ 2,6 Mrd. Euro)
- BMI (+ 1 Mrd. Euro)
- BMUB (+ 470 Mio. Euro)
- AA (+ 410 Mio. Euro)

Ein Haushalt ohne Neuverschuldung ist keine Selbstverständlichkeit. Dies gilt umso mehr, wenn unvorhergesehene finanzielle Belastungen zu bewältigen sind. So sind auf Grund von Steuerrechtsurteilen Mindereinnahmen des Bundes von gut 1,7 Mrd. Euro zu verzeichnen. Die wachsende Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern führt beim Bund zu Mehrbelastungen von gut 7,8 Mrd. Euro.

Diese zusätzlichen Belastungen von mindestens 9,5 Mrd. Euro werden zu einem großen Teil aus einer Rücklage finanziert, die sich aus einem Überschuss in Höhe von 6,1 Mrd. Euro aus dem Haushaltsjahr 2015 ergibt. Diese Rücklage ist beispielgebend und dokumentiert die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der unionsgeführten Koalitionen der zurückliegenden Jahre. Mit ihr ernten wir die Früchte einer wirtschafts- und arbeitsmarktfreundlichen, auf Konsolidierung ausgerichteten Politik. Getreu dem Motto: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.

Zudem ist anzumerken, dass wir den Verschuldungsspielraum der Schuldenbremse nicht nutzen. Für das Jahr 2016 beträgt die maximal erlaubte Nettokreditaufnahme rd. 9,9 Mrd. Euro. Mit dem Verzicht auf neue Schulden senden wir ein wichtiges innerstaatliches Signal, aber ebenso auch nach Europa. Trotz erheblicher zusätzlicher Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern halten wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein.

Im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen konnten wir wichtige politische Impulse und Schwerpunkte setzen. Allein in der Bereinigungssitzung wurden rd. 150 Änderungsanträge der Koalition beschlossen. In den Beratungen konnten nicht alle an die Haushälter herangetragenen Wünsche umgesetzt werden. Bei manchen Entscheidungen mussten erneut Kompromisse mit der SPD akzeptiert werden. Dafür bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis.

Die wesentlichen Änderungen stellen sich wie folgt dar:

I. Innere Sicherheit

- Der BMI-Etat wird ggü. dem Regierungsentwurf um gut 1 Mrd. Euro erhöht. Dies führt u.a. zu einer verbesserten Personal- und Sachausstattung bspw. im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei den Sicherheitsbehörden und dem Technischen Hilfswerk (weitere Details s. Papier MdB Dr. Brandl im Intranet; „Bundeshaushalt 2016/BMI-Etat“).

Die Mittel für Integrationsmaßnahmen werden ggü. 2015 um 326 Mio. Euro erhöht. Außerdem werden 50 Mio. Euro inklusive einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 115 Mio. Euro für die Jahre 2017 und 2018 für die Ersatzbeschaffung von drei Einsatzschiffen der Bundespolizei eingeplant. Zudem werden für eine symbolische finanzielle Anerkennung für ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter in den kommenden Jahren insgesamt 50 Mio. Euro bereitgestellt. Ebenso erfolgt eine Neuauflage des Fonds zur Unterstützung der DDR-Dopingopfer. Vorgesehen sind jeweils 5 Mio. Euro für die Jahre 2016 und 2017.

II. Mittelstand und maritime Wirtschaft

- Zur Stärkung des Mittelstandes werden die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 5 Mio. Euro, die Industrieforschung für Unternehmen um rd. 2 Mio. Euro und der Titel „Mittelstand Digital“ um 11 Mio. Euro erhöht. In Umsetzung des Kabinettschlusses zum Wagniskapital (16. September 2015) wird im Bereich „Innovative Unternehmensgründungen“ das INVEST-Programm um 10 Mio. Euro ausgeweitet. Gleichzeitig sorgen wir dafür, das Projekt „Maritime Sicherheit“ mit 6 Mio. Euro auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen. Hinzu kommt der Mittelaufwuchs von 8 Mio. Euro zur Förderung einer alternativen Kraftstoffinfrastruktur (LNG). Zudem wurde das Programm „Innovative Verkehrstechnologien“ aufgelegt. Hierbei geht es im Wesentlichen um innovative Seehafentechnologien. Das Programm hat ein Volumen von 30 Mio. Euro – 20 Mio. Euro für 2016 und weitere 10 Mio. Euro in den nächsten Jahren.

III. Agrar

- Zur Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe stocken wir den Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung um

78 Mio. Euro auf 178 Mio. Euro auf. Gleichzeitig stellen wir im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zusätzlich 30 Mio. Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung. Damit setzen wir einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um und schaffen die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der GAK zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum.

IV. Verkehr

- Im Verkehrsbereich werden für die Lärmsanierung an den Schienenwegen weitere 20 Mio. Euro (Baransatz 150 Mio. Euro) bereitgestellt. Zusätzlich werden 31 Mio. Euro für den Neubau des Trockendocks an der Schleuse Brunsbüttel und die Schleuse Scharnebeck veranschlagt. Darüber hinaus stehen insgesamt gut 41 Mio. Euro erstmalig für den Bereich *automatisiertes und vernetztes Fahren* im Haushalt zur Verfügung. Für das Jahr 2016 sind 10 Mio. Euro eingeplant, in den Folgejahren bis 2019 jeweils 10,35 Mio. Euro.

V. Entwicklungszusammenarbeit/Humanitäre Hilfe

- Deutschland kommt seiner internationalen Verantwortung angesichts der aktuellen Krisen nach und schichtet im BMZ-Etat 370 Mio. Euro zugunsten der Krisenbewältigung und des Wiederaufbaus sowie für die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Entwicklungsländern haushaltsneutral um. So erfährt der Haushaltstitel „Krisenbewältigung“ eine Erhöhung um 180 Mio. Euro auf insgesamt 400 Mio. Euro. Auch die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ erhält einen Ausgabenzuwachs um 190 Mio. Euro auf 300 Mio. Euro.

VI. AA/Humanitäre Hilfe

- Die Mittel für humanitäre Hilfe und Krisenprävention im Etat des Auswärtigen Amtes (AA) werden um insgesamt 400 Mio. Euro auf 1 Mrd. Euro erhöht. So steigen u.a. die Ausgaben für humanitäre Hilfsmaßnahmen um 228,5 Mio. Euro auf 733,5 Mio. Euro (ein Plus von mehr als 80 % ggü. 2014) und Krisenprävention um 153,5 Mio. Euro auf 248,5 Mio. Euro (+160 % ggü. RegE).

VII. Kultur

- Die Ausgaben für Kultur werden um rund 120 Mio. Euro erhöht. Darunter fallen zusätzliche Mittel für das Denkmalschutz-Sonderprogramm VI in Höhe von 20 Mio. Euro und Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen zur Sanierung und Modernisierung von Orgeln in Höhe von 5 Mio. Euro. Ebenso erhöhen wir die Filmförderung um rd. 15,5 Mio. Euro auf rd. 44 Mio. Euro. Die Zuschüsse an die Deutsche Welle werden um insgesamt 10,5 Mio. Euro aufgestockt.

VIII. Bildung

- Bildung und Forschung haben weiterhin hohe Priorität für die Union. Der Etat des Bildungs- und Forschungsministeriums steigt erneut. Die Ausgaben wachsen ggü. 2015 um rd. 1,13 Mrd. Euro auf 16,4 Mrd. Euro. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen haben wir mit 14 Mio. Euro die Voraussetzungen für vorgesehene Verbesserungen beim Meister-BAföG geschaffen. Daneben wird die „Innovationsförderung in den neuen Ländern“ zur Unterstützung von Regionen mit besonderen Herausforderungen beim Strukturwandel mit zusätzlichen 10 Mio. Euro gestärkt und die berufliche Bildung um 20 Mio. Euro auf gut 114 Mio. Euro erhöht. Ebenso erfährt der Bologna-Prozess einen Mittelaufwuchs um 27,2 Mio. Euro auf gut 87 Mio. Euro.

IX. Flüchtlingsarbeit/bürgerschaftliches Engagement in Familien

- Im Familien-Etat werden bürgerschaftliches Engagement und Flüchtlingsarbeit gestärkt. So gibt es 15 Mio. Euro mehr für Sprachkurse (C1) für ausländische Studenten und Hochschulabsolventen über den Garantiefonds Hochschule und die Otto-Benecke-Stiftung, 8 Mio. Euro zusätzlich für Jugendmigrationsdienste, 8 Mio. Euro mehr für die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge und 6 Mio. Euro zusätzlich für die allgemeine Flüchtlingsberatung. Für Maßnahmen zur Stärkung von *Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Programm „Demokratie leben!“* sind zusätzliche 10 Mio. Euro eingeplant, so dass nächstes Jahr 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Des Weiteren erhöhen wir die Ausgaben beim Elterngeld um 205 Mio. Euro auf 6 Mrd. Euro.

X. Stiftung Warentest

- Die Stiftung Warentest erhält in den kommenden Jahren insgesamt 100 Mio. Euro. Für 2016 ist ein Zuschuss in Höhe von 10 Mio. Euro zum Stiftungskapital eingeplant. Für die zukünftigen Haushaltsjahre stehen bis zu 90 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen bereit.

XI. Sozialer Wohnungsbau

- Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden im nächsten Jahr quasi verdoppelt. Sie steigen von 518 Mio. Euro um 500 Mio. Euro auf 1,018 Mrd. Euro. Damit unterstützt der Bund mittelbar die Länder und Kommunen im Bereich der Asylpolitik durch die Erhöhung der Fördermittel beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Diese Aufstockung der vom Bund zuzuweisenden Kompensationsmittel in Höhe von jeweils 500 Mio. Euro ist für die Jahre 2016 bis 2019 vorgesehen.

XII. Rüstungsaltslasten

- Für die Beseitigung alliierter Bomben und sonstiger Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg werden als einmalige Maßnahme in den nächsten vier Jahren insgesamt 60 Mio. Euro bereitgestellt, um besonders betroffenen Regionen und Bundesländern zu helfen.

XIII. Arbeit und Soziales

- Der BMAS-Etat erhöht sich um 2,6 Mrd. Euro. Davon stehen 1,9 Mrd. Euro im Kontext zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Insgesamt wird das Arbeitslosengeld II um 1,3 Mrd. Euro auf 20,5 Mrd. Euro, die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundversicherung für Arbeitssuchende um 325 Mio. Euro, die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft um 400 Mio. Euro und die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 250 Mio. Euro erhöht. Des Weiteren erhält das BMAS bei den Bildungsmaßnahmen einen Aufwuchs um 179 Mio. Euro auf 312 Mio. Euro. Dieser Mittelaufwuchs ist für die berufsbezogene Deutsch-Sprachförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorgesehen.

Der Abschluss der Haushaltsberatungen zeigt, dass für die Große Koalition der Haushalt ohne neue Schulden weiterhin Priorität hat. Die Fortsetzung der soliden Haushaltspolitik ist trotz der erheblichen finanziellen Belastungen aus der Flüchtlingssituation möglich. Die Haushälter der Koalition teilen aber auch die Feststellung des Bundesrechnungshofes, wonach „die Handlungsspielräume im Bundeshaushalt für zusätzliche finanzielle Zugeständnisse an die anderen Gebietskörperschaften weitgehend ausgereizt“ sind.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die stets atmosphärisch gute, kollegiale, ergebnisorientierte und erfolgreiche Zusammenarbeit bedanken.

Mit freundlichen Grüßen

